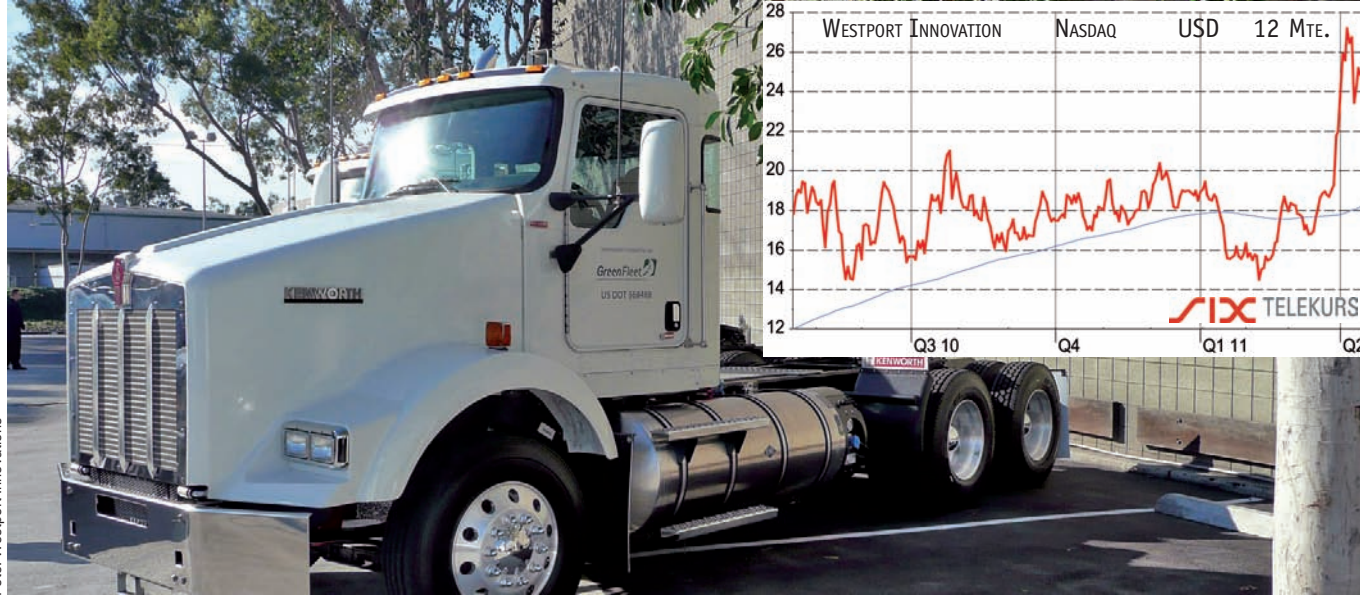


Investmentthema Alternative Mobilität

Auf andere Art schnell sein

Das Auto - und zwar das eigene - ist seit den Wirtschaftswunderjahren ein Wohlstandsattribut, eng verbunden mit den Gefühlen von Unabhängigkeit und Freiheit (über die, um der Ehrlichkeit Genüge zu tun, auch der Autor dieser Zeilen nicht ganz erhaben ist).



Ein von Westport Innovations ausgerüsteter Gasmotoren-LKW

Mittlerweile ist zumindest jedem urbanen Autofahrer der Sinne des Satzes „die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt“ aus eigener Erfahrung einsichtig.

Auf der Suche nach dem Mobilitätskonzept

Das Freiheitsdilemma ist aber nicht das einzige gesellschaftliche Problem, das uns die Massenmobilität beschert. Mit wachsendem Verkehrsaufkommen wachsen auch die Belastungen für die engere soziale und natürliche Umwelt, für das Klima und für die wirtschaftliche Stabilität. Gleichzeitig hat uns die Massenmobilität auch viele Fortschritte beschert und dazu beigetragen, dass Menschen, Kulturen und Wirtschaftsräume näher aneinander rücken. Egal, ob man eine ethische, eine ökologische oder eine ökonomische Perspektive wählt, das Bedürfnis nach Mobilität (innerhalb legitimer Schranken) gilt es bestmöglich zu befriedigen, d. h. unter Minimierung des Schadens für den Einzelnen und die Gesellschaft. Ein klassischer Lösungsansatz ist der Ausbau von Dichte und Qualität des öffentlichen Verkehrs. Ein anderer (ergänzender) Weg ist jener, die Fahrzeuge - insbesondere auch die privaten - umwelt- und sozialverträglicher zu gestalten und einen verantwortungsvollen Umgang damit zu fördern (z. B. durch Anreizsysteme).

Alternative Mobilität als Anlagethema

Technisch betrachtet, beginnt nachhaltige Mobilität bei konventionellen Optimierungen (wie z. B. durch Einsatz neuer Werkstoffe zur Gewichtsreduktion oder spritsparender Bereifung) und führt über alternative Antriebe bis hin zu High-Tech-Lösungen. Die Automobilwirtschaft ist geprägt von großen Unternehmen und einem immer noch laufenden Konzentrationsprozess. Die bekanntesten Top10 der globalen Fahrzeugindustrie - allen voran Toyota, Volkswa-

gen und General Motors - dominieren den Markt, verfolgen aber primär noch ein konventionelles Verkehrskonzept. Auf der anderen Seite stehen eine Vielzahl von meist kleinen und kleinsten Unternehmen, die die Mobilitätstechnologien und -produkte der Zukunft entwickeln, jedoch mit der großen Unsicherheit behaftet, ob sich ihre jeweiligen Konzepte am Markt durchsetzen und nachhaltig Erträge erwirtschaften.

Konventionelle Automobilhersteller: Toyota

Es gibt praktisch keinen Erstausrüster (OEM) oder großen Zulieferer der sich nicht mit den Zukunftstechnologien der Mobilität beschäftigen würde. Unterschiedlich fallen nur die Grade der Marktreife und -durchdringung aus. Dennoch eignen sich die klassischen Automobilkonzerne derzeit noch kaum als Anlageobjekte für ein echtes Themeninvestment in „Alternative Mobilität“, denn die Anteile an Elektro-, Hybrid- und Wasserstofffahrzeugen und selbst jene konventioneller Low Energy Cars spielen im Kontext der gesamten Modellportfolios nur eine untergeordnete Rolle. Sogar Toyota, der First Mover in der Hybridtechnologie (der Prius wurde bereits 1997 eingeführt), verkaufte 2010 in Europa „nur“ rund 70.000 Hybridautos von insgesamt mehr als 780.000 abgesetzten Fahrzeugen der Marken Toyota und Lexus. Jedoch ist Toyota auch jener große Hersteller mit dem niedrigsten CO₂-Ausstoß bezogen auf die gesamte Fahrzeugflotte. D. h. Toyota ist am weitesten in Richtung nachhaltiger Mobilität entwickelt und wird auf Sicht am stärksten an einer Beschleunigung dieses Trends partizipieren. Der jüngste Kursrückgang japanischer Aktien einen günstigen Einstieg ermöglichen.

Kleine OEMs: Tesla Motors

Die seit 2010 an der Börse notierte US-amerikanische Tesla Motors Inc. startete 2008

die Serienproduktion seines Elektroautos. Eine Limousine mit fünfstelligen Ziel-Verkaufszahlen befindet sich in der Phase der Produktionsvorbereitung. Neben den Eigenprodukten ist Tesla auch als Technologie- und Komponentenlieferant für große Unternehmen tätig. 2010 belief sich der Jahresverlust auf 154 MioUSD, bei einem Umsatz von 117 MioUSD. An Analystenempfehlungen, die den Tesla-Kurs bei 70 USD sehen (derzeit um 20 USD), darf gezweifelt werden, ebenso wie an der langfristigen Existenz als eigenständiges Unternehmen. Aber für ein attraktives Übernahmeangebot seitens eines Großen könnte es reichen. Bis dahin mahnen wir zur Vorsicht bei diesem sehr volatilen und von Hoffnungen und Emotionen getriebenen Small Cap.

Westport Innovations

Zwar auch noch in der Verlustzone, aber dennoch deutlich solider stellt sich das kanadische Unternehmen Westport Innovations Inc. dar, das zu den weltweit führenden Anbietern für Gasmotoren zählt. Als Treibstoffe dienen Erdgas, Wasserstoff, LNG (liquified Natural Gas) oder Biogas. Im ersten Quartal 2011 erlebte die Aktie ein Kursfeuerwerk, nicht zuletzt in Erwartung des Erreichens der Gewinnschwelle in 2012/2013. Billig ist die Aktie mit einem KGV von mehr als 100 (bezogen auf 2012/2013) aber keinesfalls mehr.

Treibstoffproduzenten: CropEnergies

Bereits in der Gewinnzone ist die deutsche CropEnergies AG, die zu 71 % der Südzucker-Gruppe gehört. CropEnergies erzeugt Bioethanol für Ottomotoren. Die rückläufige Gewinnentwicklung (bei steigenden Umsätzen) während der letzten Jahre wird sich ab 2010/2011 erwartungsgemäß wieder umkehren, was sich im steilen Anstieg des Aktienkurses seit Herbst 2010 widerspiegelt. Das KGV (bezogen

auf den erwarteten Gewinn 2011/2012) liegt bei ca. 15. Das Unternehmen wird zu den Hauptprofiteuren des Kraftstoffes E10 gehören, der seit 2011 an deutschen Tankstellen erhältlich ist und Teil des EU-Ziels ist, bis 2020 den Anteil von Bioethanol in Treibstoffen auf 10 % zu heben.

Verkehrstechnologie: Kapsch TrafficCom

Die österreichische Kapsch TrafficCom AG repräsentiert die Gruppe der Unternehmen, die nicht Fahrzeuge oder Antriebe entwickeln sondern Lösungen für das Gesamtsystem Verkehr. Dazu zählen elektronische Mautsysteme sowie Verkehrsmanagementlösungen für Verkehrssicherheit und -überwachung. Der Kurs der auch im österreichischen Nachhaltigkeitsindex VÖNIX enthaltenen Kapsch TrafficCom konsolidiert derzeit im Bereich zwischen 60 und 70 €. Stark zunehmende Gewinne in der jüngsten Vergangenheit und voraussichtlich auch in der näheren Zukunft lassen ein KGV von 12 (bezogen auf den Gewinn 2011/2012) als durchaus attraktiv erscheinen.

Reinhard Friesenbichler

ETHIKKOMMENTAR



Foto: Schlagnitweit

MARKUS SCHLAGNITWEIT Soziale Öko-Politik?

E-Mobilität liegt im Trend: Elektro-Bikes etwa erleben einen Boom. Viele Signale sprechen dafür, dass bald auch Elektro-PKW reif für den Massenmarkt werden. E-Mobilität klingt gut, weil zumindest im Betrieb sauber, sprich: CO₂-neutral.

Damit das aber wirklich stimmt, müsste sich auch der Strommarkt ändern. Bekanntlich stammt Strom weltweit immer noch zu mehr als 75 % aus fossilen Brennstoffen. Und die Antwort auf die Frage, ob man etwa mit Atomstrom um so viel „besser“ fährt, überlasse ich in Zeiten wie diesen lieber der p.t. LeserInnenschaft.

Sei's drum - allenthalben wird von ökologisch bewegten Menschen die Förderung des Umstiegs auf E-Mobilität auch durch die öffentliche Hand gefordert. Nun zählt die Förderung ökologisch-nachhaltigen Lebens durch entsprechende Anreize gewiss zu wesentlichen Aufgaben der Umweltpolitik - auch im Bereich des Wohnens, des Konsums etc. Allerdings darf hier nicht die ökologische Ethik etwa mit Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit in Konflikt geraten!

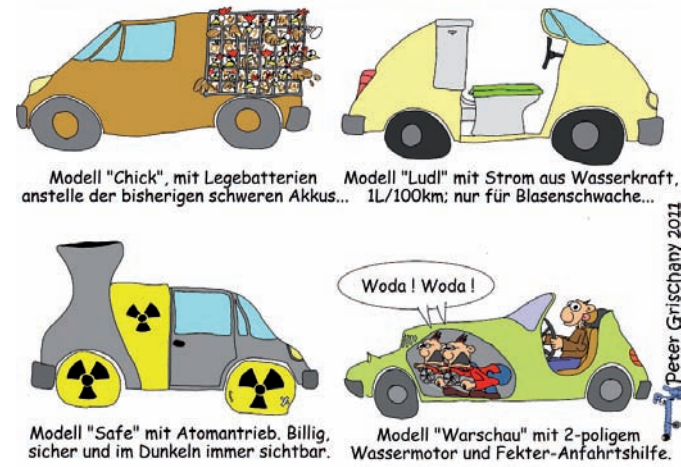
In der wissenschaftlichen Armutsforschung gibt es mittlerweile den Begriff der „fuel poverty“ (Energie-Armut) und den Hinweis darauf, dass die öffentliche Individualförderung des Umstiegs auf innovative Technologien zumeist von eher Wohlhabenden genutzt wird, während arme Menschen oft weiterhin mit veralteter Technik leben müssen, was sich dann auch noch in höheren Energiekosten niederschlägt.

Gute Umweltpolitik benötigt deshalb nicht nur naturwissenschaftlich-technische Expertise, sondern immer auch soziale Intelligenz: Ökologisches Wohnen muss etwa auch für die Klientel des Sozialwohnungsmarktes leistbar werden, was eine entsprechende Fokussierung staatlicher Subventionen erfordert.

Und im Bereich der Mobilität ist stark subventionierter öffentlicher Verkehr (und hier darf Gratis-Nutzung kein Tabu sein!) bei Verteuerung des Individualverkehrs - ob „E“ oder nicht - wohl immer noch die effizienteste und sozialste Maßnahme zur Schonung der Umwelt.

DR. MARKUS SCHLAGNITWEIT IST MITARBEITER DER KSOE (KATH. SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS), WWW.GELDUNDETHIK.ORG

Immer mehr Elektro-Autos mit verschiedensten Stromgewinnungsmethoden werden auf den Markt geworfen.



Modell "Chick", mit Legebatterien. Modell "Ludl" mit Strom aus Wasserkraft, anstelle der bisherigen schweren Akkus... 1L/100km; nur für Blasenschwache...

Modell "Safe" mit Atomtrieb. Billig, sicher und im Dunkeln immer sichtbar. Modell "Warschau" mit 2-poligem Wassermotor und Fekter-Anfahrthilfe.

Peter Grischay 2011

Klimawandel
Trinkwasser
nachhaltige
Waldwirtschaft
Artenvielfalt
Bevölkerungsentwicklung
Armut
Governance

Fondssparen
und nachhaltig
vorsorgen
ab € 70,-
pro Monat

SUPERIOR 6 - Global Challenges

- Attraktive Renditechancen
- Partizipation an zukunftsreichen Märkten
- Aktiver Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft
- Langjährige Erfahrung im Bereich nachhaltiges Investment

www.schelhammer.at/fonds

FONDS
Schelhammer & Schattera

Werte verbinden uns

Diese Einschätzung ist eine Marketingmitteilung und stellt keine Anlageberatung oder Anlageempfehlung dar. Die Prospekte des genannten Fonds in ihrer aktuellen Fassung (Kundmachung in elektronischer Form auf www.schelhammer.at/fonds und im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 04.09.2008) stehen den Interessierten bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera Kapitalanlagegesellschaft m.B.H., Brünnerstraße 3/2/6, 1010 Wien und bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera AG, Goldschmidgasse 3, 1010 Wien, kostenlos zur Verfügung. Prospekt abrufbar unter: www.schelhammer.at/fonds

Hundert automobile Jahre haben an den Ölreserven gezehrt Jetzt droht Peak Oil!

Täglich werden 85 Mio Barrel Öl (im Wert von derzeit mehr als 100 USD pro Fass) produziert, verarbeitet und verbraucht. Kein Lebensbereich kommt ohne Mineralölprodukte aus und der (motorisierte) Welthandel basiert zu 95 % auf Öl betriebenen Transportmitteln: „Oil makes the world go round!“

Doch die Fortsetzung unseres auf billigem Öl und damit geringen Transport- und Mobilitätskosten beruhenden Wirtschaftswachstums steht in Frage. Wir sehen uns nicht nur dem Klimawandel gegenüber, sondern auch einer strukturellen Energiekrise, die die Welt in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verändern wird. Die globale Erdölproduktion, die bereits seit Ende 2004 praktisch nicht mehr gesteigert werden konnte, dürfte in den nächsten Jahren stagnieren oder sogar zu sinken beginnen („Peak Oil“). Die Förderung in den derzeit produzierenden Ölfeldern, die den Großteil der Weltölproduktion bestreiten, ist mit rund 5 % pro Jahr im Rückgang begriffen. Um diesen zu kompensieren und den steigenden Ölbedarf abdecken zu können, müssten - laut Internationaler Energieagentur (IEA) - in den nächsten 20 Jahren „sechs neue Saudi-Arabiens“ gefunden und angezapft werden. Keine leichte und keine billige Angelegenheit!

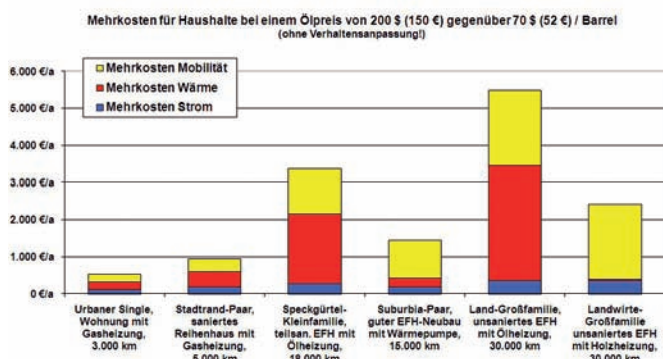
Immer mehr gewichtige Stimmen, von der IEA bis zu EU-Energiekommissar **Günther Oettinger**, sehen die Gefahr einer Versorgungskrise am Erdölmarkt und damit einhergehend einer Preisexplosion als sehr real an. Wer glaubt,

dass der hohe Ölpreis derzeit nur Spekulanten oder der Entwicklungen im arabischen Raum geschuldet ist, irrt sich. Vielmehr sind die „Fundamentals“ das Problem: Die Schere zwischen einem nach der Finanzkrise wieder steigenden Bedarf und dem nach wie vor stagnierenden Angebot der Öl exportierenden Länder geht immer mehr auf. Das macht es sehr wahrscheinlich, dass der aus dem Sommer 2008 stammende Ölpreisrekord von 147 USD pro Barrel mittelfristig fallen könnte.

Im Forschungsprojekt „ZER-siedelt“, das vom Klima- und Energiefonds finanziert wird, wurde die Frage beantwortet, welche Energiepreise auf private Haushalte zukommen, wenn der Ölpreis von 70 USD (Mittelwert im Jahr 2009) auf 200 USD pro Barrel steigen würde. Unter der Annahme eines konstanten Euro-Dollar-Wechselkurses lautet die Antwort: Der Liter Diesel oder Benzin wird um 95 Cent teurer, der Liter Heizöl extraleicht um knapp 90 Cent, der Kubikmeter Erdgas um 40 Cent und die Kilowattstunde Strom um rund 8,5 Cent.

Ölpreisrekord löst Teuerungswelle aus

Die höheren Energiepreise bewirken bei den Haushalten,



je nach Höhe und Art ihres jeweiligen Energieverbrauchs, unterschiedlich hohe Kostensteigerungen. Modellrechnungen zeigen, dass die jährlichen Mehrkosten für einen Haushalt im Bereich von wenigen hundert Euro bis zu einigte tausend Euro betragen werden.

Vor allem zwei Gruppen würden massiv von Mehrkosten betroffen sein: Haushalte, die mit Heizöl heizen und Haushalte, die jährlich zig Tausend PKW-Kilometer zurücklegen (siehe Bild im Anhang).

In den Modellrechnungen wurden nur die direkten Kostensteigerungen bei Energieträgern und ohne Berücksichtigung eines geänderten Nutzerverhaltens (Energiesparmaßnahmen) abgebildet. Dass auch andere Produkte, vor allem energie- und transportintensive Güter, teurer werden

und insgesamt die Inflation steigt, blieb unberücksichtigt. Klar ist, dass solche Entwicklungen nicht ohne Einfluss auf die weitere Entwicklung der (Welt-)Wirtschaft und der Gesellschaft bleiben können.

Energieeffizienz und Erneuerbare: Jetzt!

Nur wenn es uns gelingt eine nachhaltige Energieversorgung zustande zu bringen, werden uns die drohenden Versorgungskrisen weniger treffen. Wichtigstes Ziel muss es daher sein, den Energieverbrauch absolut und deutlich zu senken. Und zweitens müssen wir auf die (heimischen) erneuerbaren Energien setzen, denn sie werden langfristig verlässlicher und kostengünstiger als fossile Energien sein.

Michael Cerveny, Leiter des Themenbereichs Energie in der ÖGUT

Graz ist Modellregion für E-Mobility Elektrisch unterwegs

Steirische Landeshauptstadt hat den Zuschlag zur E-Mobilitätsregion-Modellregion aus dem Förderprogramm des Klima- und Energiefonds und des Lebensministeriums erhalten.

Damit möchte Graz gemeinsam mit seinen Leitbetrieben eine Vorreiterrolle in Richtung einer elektrisch motorisierten Zukunft einnehmen.

Alle guten Dinge sind drei, dachte man sich beim Klima- und Energiefonds sowie im Umweltministerium. Deshalb wurde im Vorjahr neben Wien und Eisenstadt auch Graz als E-Mobilitäts-Modellregion auserkoren.

Seit 2008 initiiert und unterstützt der Klima- und Energiefonds gemeinsam mit dem Umweltministerium den Aufbau von E-Modellregionen, von denen es nun insgesamt fünf gibt (Vorarlberg, Salzburg, Wien, Graz und Eisenstadt). Dafür wurden 2010 in Summe 3,5 Mio€ zur Verfügung gestellt, wovon Graz mit seinen Umlandgemeinden den Löwenanteil von 1,6 Mio€ erhält.

Das übergeordnete Ziel der Modellregionen ist zwar stets die nachhaltige Senkung von CO₂-Emissionen, im feinstaubgeplagten Graz, aber auch eine dringend notwendige Verbesserung der Luft- und damit Lebensqualität.

Integriertes E-Mobilitäts-Konzept

In den nächsten drei Jahren sollen 500 Elektroautos und rund 1.200 E-Bikes angeschafft werden. Parallel dazu

wird die dafür notwendige Ladeinfrastruktur im öffentlichen Bereich und bei Betrieben aufgebaut. Gespeist werden sollen die Ladestationen vernünftigerweise durch Photovoltaikanlagen und Kleinwasserkraftwerke. Eine wichtige Rolle spielen auch Stadtentwicklungsprojekte, bei denen die neue zukunftsweisende Mobilität bereits in die Planung einfließen kann und soll. Auch der Öffentliche Verkehr bleibt nicht unbeachtet und ist Bestandteil des vorgelegten Konzeptes, wobei hier besonders die Ergänzungsfunktion von öffentlichem Verkehr und E-Mobilität betont wird.

Langfristig will man so den Anteil der Elektrofahrzeuge an den Neuzulassungen auf 15 % steigern.

e-mobility austria conference 2011

Als sichtbares Zeichen für ganz Europa soll Graz zum Mekka der E-Mobilität werden. Vom 28. 4. bis 29. 4. 2011 wird die e-mobility austria conference 2011 in Graz stattfinden - Europas größter E-Mobility-Event.

Parallel dazu findet die e-mobility-Expo 2011 im Rahmen der Grazer Frühjahrsmesse (28. 4. bis 1. 5. 2011) statt.

Gerald Ratz, gewerblicher Vermögensberater in Graz

MIKROKREDIT AKTUELL

Produktionsverfahren

Nachhaltige Energieträger und -versorgung prägen aus aktuellem Anlass den gesellschaftlichen Diskurs. Doch kann auch mit Mikro- und Projektfinanzierung bereits im Kleinsten mit „umweltfreundlichen Projekten“ begonnen werden? Viele Beispiele vom Verkauf von Solarlampen bis hin zu solaren Aufladestationen für Handys zeigen, dass es möglich ist, Energieformen umweltbewusst zu gestalten. Mikrofinanzinstitutionen bieten diese Produkte im Mikrokredit-System an, doch auch Projekte und Kooperativen, die durch Darlehen refinanziert werden, setzen sich für ein nachhaltiges Bewusstsein ein. So zum Beispiel in Guatemala.

Chajul ist eine Kooperative von Bauern und Bäuerinnen, die Kaffee und Honig produzieren. Als Nachfahren der Maya versuchen sie deren traditionelle Maxime zu wahren, die besagt, den Boden „ohne Gewalt“ zu bearbeiten: Seit 1989 vermarktet die guatemaltekische Genossenschaft Bio-Kaffee im fairen Handel und ist seit 1990 Projektpartner des internationalen Non-Profit-Finanzierers Oikocredit. Chajul zählt bereits 1.500 Mitglieder, 80 % davon sind Frauen. Die Kooperative zeichnet sich durch ihr starkes Umweltbewusstsein aus, fördert aber mit ihrem Gewinn bereits auch Projekte zur Armutsbekämpfung. Innerhalb der Kooperative ist es von großer Bedeu-

tung, alle Arbeitsschritte von der Produktion bis zum Export umweltschonend, wirtschaftlich, sozial gerecht und kulturell angemessen auszuführen. Deshalb zählt auch die Bildung in den Bereichen Umweltmanagement und Verbesserung des Produktionsverfahrens zu den zentralen Elementen von Chajul.

„Unsere Mitglieder werden auch in Bodenschutz, biologischen Düngungsverfahren, Abfallentsorgung und Bepflanzung von Schattenbäumen beim Kaffeeanbau geschult“, erklärt ein Mitarbeiter der Kooperative. Die zusätzliche Bildungsarbeit verhilft den Bauern und Bäuerinnen letztendlich nicht nur zu einer umweltverträglicheren Arbeitsweise, sondern auch zu höherwertigen Erträgen und vermittelt ihnen Kompetenzen zur Sicherung ihrer Existenz.

Birgit Entner,
Bernhard Obojes

Ihre Geldanlage mit
sozialer Verantwortung!

**OIKO
CREDIT**
in Menschen investieren

Tel./Fax: +43 (0)1 505 48 55

office@oikocreditaustria.at
www.oikocredit.at

Verkehrsinfrastrukturinvestitionen Ein Ethik-Thema?

Investitionsentscheidungen über Verkehrsinfrastrukturbauteile werden in der Regel nicht mit dem Thema Ethik assoziiert.

Diese Projekte, wie z. B. der Westring Linz der Linzer Autobahn A26, oder eine Eisenbahnstrecke, wie z. B. der Koralmtunnel der Strecke zwischen Graz und Klagenfurt, werden routinemäßig einer Reihe verpflichtender Prüfverfahren unterzogen. Dazu zählen die Verfahren der Nutzen-Kosten-Analyse und der Umweltverträglichkeitsprüfung. Keines dieser Verfahren behandelt die Verteilungsproblematik des durch Infrastrukturprojekte zu erwartenden Nutzens und der Kosten. Die Verteilung des Nutzens und der Kosten hat eine starke ethische Komponente, da diese Großprojekte erhebliche öffentliche Investitionen darstellen, die auch zur Sicherstellung einer Mindestqualität der mobilitätspolitischen Versorgung aller Bürger dienen sollen. Dies soll an zwei Effekten, den räumlichen Verteilungseffekt des zu erwartenden Nutzens und den zeitlichen Verteilungseffekt der Finanzierungskosten solcher Projekte, aufgezeigt werden.

Die traditionelle Nutzen-Kosten-Analyse zeigt im Ergebnis nur den Saldo des Nutzens und der Kosten einer Investition oder Maßnahme auf, gibt aber keine Information über die Verteilung des in monetäre Einheiten ausgedrückten Nutzens in Bezug auf die betroffene Bevölkerung, die relevanten Schutzgüter oder die heutige und zukünftigen Generationen. Diese Information offen zu legen, wäre ein wichtiger Teil der Entscheidungsgrundlagen, wer oder was die Profiture und Zahler der Investition oder Maßnahme sind.

Der monetäre Nutzen einer Investition besteht aus mehreren Komponenten, wobei bei Verkehrsinfrastrukturinvestitionen die Erreichbarkeitsveränderungen den größten Anteil ausmachen, gefolgt von Veränderungen der Umweltauswirkungen. Beide Wirkungskomponenten werden bei der Nutzen-Kosten-Analyse in Geldeswert ausgedrückt und können sowohl einen positiven wie negativen Wert annehmen. Wenn der Nutzen die Kosten im Saldo überwiegt, so gilt die Maßnahme als realisierungswürdig, ohne offen zu legen, für wen ein Teilnutzen negativ ist. Die Erfahrung zeigt, dass Personen, die von Umweltauswirkungen oder Erreichbarkeitsveränderungen eines Projektes negativ betroffen sind oder weniger profitieren, eher sozial schwachen Gruppen zuzurechnen sind. Dies führt zu einer Aufweitung der Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern oder sozial starken und schwachen Gruppen. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass neue Entwicklungen der Nutzen-Kosten-Analyse,

die zur Bewertung von Verkehrsinfrastrukturprojekten eingesetzt werden, die Reisezeitgewinne nach Einkommensgruppen gewichten. Das bedeutet, dass Erreichbarkeitsgewinne von Personen mit höherem Einkommen proportional stärker zu Buche schlagen, als Erreichbarkeitsgewinne von Personen mit niedrigerem Einkommen. Als Konsequenz schneiden Projekte und Projektvarianten, die Personengruppen höherer Einkommensschichten bevorzugen, im Ergebnis von Nutzen-Kosten-Analysen besser ab, ohne eine Mindestsicherung der Versorgungsnotwendigkeiten der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Ein anderer ethisch als kritisch einzuschätzender Effekt liegt in der Alltagspraxis, dass viele große Infrastrukturprojekte aus regionalpolitischen Gründen realisiert werden, ohne einen erkennbaren volkswirtschaftlichen Gewinn nachweisen zu können. Zu dieser Kategorie zählt neben dem schon erwähnten Koralmtunnel auch der Brennerbasistunnel. Auf Kosten zukünftiger Generationen werden Schulden gemacht, die sich auch über lange Zeiträume kaum oder gar nicht rechnen, obwohl es eine Vielzahl von Investitionen in betriebliche und bauliche Maßnahmen gäbe, die ein signifikant höheres Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen. Für die Eisenbahn sind dies z. B. Verbesserung des Bestandes, betriebliche Maßnahmen und Investitionen in das Zugsmaterial. Bei den sich nicht oder kaum rechnenden Großinvestitionen handelt es sich um eine Umverteilung zu Gunsten der Bauwirtschaft auf Kosten zukünftiger Generationen, ohne dass für diese ein adäquater Nutzen erwartet werden kann.

Mit der so genannten „erweiterten Nutzen-Kosten-Analyse“ gibt es heute Verfahren, die neben dem Saldo aus Nutzen und Kosten für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen auch Verteilungseffekte, sowohl für die ökologischen als auch die sozialen Auswirkungen, offen legen. Das gilt sowohl für verschiedene Einkommensgruppen der Bevölkerung als auch über Zeitperioden der heutigen und zukünftigen Generationen hinweg. Es liegt bei den politischen Entscheidungsträgern, dass sie in ihrer ethischen Verantwortung für die gesamte Gesellschaft bei ihren verkehrspolitischen Entscheidungen mit so großer Tragweite diese Möglichkeiten auch nutzen.

Gerd Sammer, o. Univ. Prof.,
Leiter des Institutes für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur Wien

Die nächste Ausgabe von Geld & Ethik erscheint am **19. Mai 2011** und widmet sich den Themen „Social responsibility“ und „Holzinvestments“

Verantwortlich für das Sonderthema Geld & Ethik:
Rudolf Erdner, erdner@finanzdl.at

Interkulturelle Ethik & Investmentbereich LEBENS-Mittel

Mittel zum Leben oder Mittel zur Renditestеigerung?

Der 9. Finance & Ethics Kongress im Stift St. Georgen am Längsee nimmt sich eines gleichermaßen notwendigen wie auch besonders kontroversen Themas an. Es geht um nichts Geringeres als unsere Nahrung und um die kritische Hinterfragung des meist selbstverständlich gewordenen Umgangs mit dem, was wir täglich zu uns nehmen, sowie um die heikle Frage der ethischen Vertretbarkeit von Investments in die Nahrungsmittelindustrie - ein Vorbericht von Helmut Berg.



Richard Lernbass,
Geschäftsführer von software-systems.at

Richard Lernbass, Geschäftsführer des Finanzdienstleistungssoftware-systems.at, ist seit vielen Jahren ambitionierter Veranstalter und Vortragender der Finance & Ethics Kongresse.

Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass international renommierte Experten die Thematik LEBENS-Mittel aus unterschiedlichsten wissenschaftlichen Perspektiven beleuchten, was einen spannenden, interdisziplinär aufgefächerten Blick auf die komplexe Materie verspricht.

„Was uns bewegt“

In seinem gleichnamigen Beitragsimpuls legt Lernbass sozusagen das Fundament, auf dem die anderen Kongressthemen aufrufen. Ökologische und soziale Entwicklungen beeinflussen die Menschen stärker denn je, ist Lernbass überzeugt: „Wir beschäftigen uns bei software-systems.at auch intensiv mit Unternehmensanalysen. So war es an der Zeit, sich einem eher vernachlässigten Bereich unseres täglichen Lebens zuzuwenden, nämlich der Lebensmittelproduktion.“

Nachhaltige Einflussnahme

Lernbass will den Fokus auf die immense Tragweite und Bedeutung der Sicherstellung und Qualität unserer Lebensmittel richten. Dieses Marktsegment sollte für alle Menschen höchste Priorität haben.

„Wir können unsere Ernährung nicht den Konzernen überlassen“, postuliert Lernbass mit Blick in eine zukünftig immer wichtiger werdende Bewegung: „Wir sollten mit Finanzprodukten einen ‚nachhaltigen Einfluss‘ auf Unternehmen ausüben und unsere Kunden und Partner unterstützen, ‚wirkliche Dienstleister‘ für

ihre Kunden zu sein. Dazu sind die besten Finanzdateninfrastrukturen Voraussetzung - und die haben wir.“

Tragödie Nutztierhaltung

Zur ethischen Implikation von Investments in die Lebensmittelindustrie befragt, ist es Lernbass ein Herzensanliegen das unsägliche Tierleid in der Massentierhaltung zu thematisieren: „Die Tragödie unserer Mitgeschöpfe könnte schlimmer nicht sein. Ich bin sicher: Wüssten mehr Menschen, was hinter geschlossenen Tierfabriken passiert, würde sich vor allem der Absatz von Fleisch und Wurst drastisch verringern. Niemand würde Produkte von lebenslang gequälten Tieren gerne essen. Aber es ist leider Standard, weil wir wegschauen.“

„Unser tägliches Brot gib uns heute“

Der Kärntner Diözesanbischof **Alois Schwarz** möchte diese vierte Vaterunser-Bitte, die zugleich die Mitte des Gebets bildet, nicht nur als Ermutigung und Herausforderung für ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften verstanden wissen.

Es gehe, so Schwarz, auch um notwendige Einsichten und Handlungen. Dies habe sehr viel „mit einem selbstkri-

tischen, maßvollen Denken und Handeln und mit behutsamen Wachsenlassen zu tun und damit, sich nicht auf Kosten anderer zu entfalten oder zu verhalten.“

Leben als Geschenk sehen

Als neuzeitig-aufklärungsbewusste Menschen neigen wir dazu, uns in der Machbarkeit von allem Möglichen zu überschätzen, ruft Schwarz ins Gedächtnis.

„Die Frage ist, ob wir noch in der Lage sind, das Leben und was wir dazu brauchen als Geschenk

anzusehen und zu empfangen, ohne uns damit bevormundet oder entmündigt zu erleben.“

Nicht alles ist „machbar“

Angesichts der drei großen miteinander zusammenhängenden Herausforderungen unserer Zeit, der Klimakrise, Nahrungsmittel- und Finanzmarktkrise, stehe der Mensch vor dem „Dilemma des trivial gewordenen neuzzeitlichen Selbstbewusstseins, alles selbst ‚machen‘ zu wollen, zu müssen oder zu können“, womit Schwarz auch die permanente Überforderung, verbunden mit einer Selbstvertrauenskrise anspricht, die von den anderen und für die anderen nichts mehr vertrauensvoll erwarten kann und für sich alles zu erwarten, zu machen und zu fordern meint.

Schutzherrschaft statt Nutzherrschaft

Bischof Schwarz argumentiert, dass die Bibel von Anfang an keine ausschließliche Nutzherrschaft (im Sinne eines ius feudale utilis Domini) vertritt, sondern wesentlich eine Schutzherrschaft als Mitverantwortung, die sich auf alle Geschöpfe und die ganze Schöpfung beziehe.

„Der so genannte Schöpfungsauftrag Gottes für die Menschen ist also so zu verstehen, dass er bedeutet, die dem Menschen anvertraute Schöpfung insgesamt zu hüten und zu heiligen, und nicht bedeutet: sich über die Schöpfung auszuherrschen und sie auszubeuten.“



Diözesanbischof Dr. Alois Schwarz



Finance & Ethics Kongress 2011

9. Finance & Ethics Kongress
Mittwoch, 4. Mai 2011
9:00 bis 14:00 Uhr
Im Stift St. Georgen am Längsee

Kontakt:
Heike Pirker
pirker@software-systems.at
T: 04231 25555

software-systems.at A-9103 Diess www.software-systems.at

Solidargemeinschaft Mensch-Tier

Dem Kongress ist es unter anderem ein Anliegen, die Sinne für die gefährdete Solidargemeinschaft Mensch-Tier zu schärfen. Der deutsche Biologe und Theologe **Rainer Hagencord** ortet ein weltweit gestörtes Mensch-Tier-Verhältnis, weshalb er theologische und verhaltensbiologische Argumente für eine neue Sicht auf unsere Mitgeschöpfe vorbringt. Eine theologische Zoologie will erinnern, dass Mensch, Tier und Gott zusammen gehören. Hagencords transdisziplinär verortete Würdigung der Tiere leistet einen profunden Beitrag, einer ökologischen Katastrophe zu begegnen und ruft verschüttete Hoffnungspotentiale wach.



Univ. Prof. Dr. Rainer Hagencord,
Institut für Theologische Zoologie,
Münster

Tiere zu „Material“ entwürdigt

In den westlichen Industrienationen, so Hagencord, „gibt es eigentlich nur noch zwei Kategorien von Tieren: die einen verwöhnen wir mit Haustierfutter, und die anderen werden dazu verarbeitet. Doch sind Hunde und Katzen weder die besseren Menschen; noch sind Schweine, Hühner und Rinder Rohlinge für die Fleisch-, Eier- und Milchindustrie.“ Die so genannten Nutztiere haben eine Gesellschaft, die sich von den Lobbys der Pharma-, Unterhaltungs- und Lebensmittelindustrie regieren lässt, längst zu „Material“ entwürdigt, kritisiert Hagencord, der Wert und Würde der Tiere im vermeintlich christlichen Abendland als vergessen ansieht.

Natur bloße „Ressource“

Spätestens in der Neuzeit wurden Natur und ihre Geschöpfe zur bloßen Ressource für den Menschen degradiert.

Den Industrienationen hält Hagencord eine „Anthropologie mit dem Rücken zum Tier“ und eine dreifache Verantwortungslosigkeit vor.

Denn für unseren Wohlstand werden die so genannte III. Welt, unsere Nachwelt und die natürliche Mitwelt zur Kasse gebeten.

Maßstäbe für eine interkulturelle Ethik

Der Philosoph und Wirtschaftstheoretiker **Peter Heintel** wendet sich in seiner Beleuchtung ökonomischer und politischer Interdependenzen der Frage nach

Möglichkeiten interkulturell gültiger Maßstäbe zu, wobei zwangsläufig das Problem eines moralischen Universalismus zutage tritt. „Ist eine Ethik vorstellbar, die für alle Kulturen gelten könnte, so wie Hans Küng es sich vorstellt („Weltethos“), oder besteht die Bedeutung ethischer Normen gerade darin, kulturell besonders zu sein, dafür aber auch wirksam?“

Das

„Prozessethische Modell“

Angesichts vieler Aporien, die im Nachdenken über das Desiderat global gültiger Ethik-Standards entstehen, anerkennt das von Heintel in Klagenfurt mitentwickelte „Prozessethische Modell“, dass Antworten auf ethische **Fortsetzung auf S. 26.**

Problemstellungen kulturell verschieden und die notwendigen Widersprüche universell sind, wie Heintel erläutert.

„Kommt es also zwischen Kulturen zu Konflikten, weil unterschiedliche Normantworten vorhanden sind, ist es wenig erfolgsversprechend, in den Antworten zu streiten, sondern sich auf einen gemeinsamen Weg zu machen, die gemeinsamen Widersprüche zu identifizieren.“ Dies erhöht die Chance auf neue Antworten „interkultureller Art“.



Univ. Prof. Dr. Peter Heintel,
Alpen-Adria Universität Klagenfurt

Ethik als Schutzschild?

Versuche, ethische Forderungen wie Menschen- oder Tierrechte global zu verankern, werden von den Kritisierten nicht selten als Eingriff in ihre eigene kulturelle Tradition abgeschmettert. Dieses Argument recurriert jedoch auf genau jene „westlichen“ Grundrechte wie Toleranz und Achtung, die im kritisierten Binnenraum nicht gewährt werden. Für Heintel ein polemischer Missbrauch von Kultur, während er in unserer liberal-individualistischen Gesellschaft auf ein anderes Problem hinweist: „Toleranz läuft Gefahr, zum Ort des seichten Leben und Leben-Lassens zu werden, was man sich auch nur in einer relativ saturierten Gesellschaft leisten kann.“

Nachhaltigkeit in der Lebensmittelindustrie und Welthunger. Ein unauflöslicher Widerspruch?

Trotz eines erwarteten Anstiegs der Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Menschen hält **Thilo Bode**, Gründer und Geschäftsführer der deutschen Verbraucherschutzorganisation „Foodwatch“, die Sicherstellung ausreichender Welternährung für möglich. Voraussetzung dafür sei einerseits die nachhaltige Produktion der Nahrungsmittel und andererseits, ein drastisch reduzierter Konsum von Fleisch, um ausreichend Anbaufläche für landwirtschaftliche Rohstoffe zu gewinnen, die dem direkten Konsum der Menschen zu kommen, denn der Flächenbedarf für tierische Nahrungsmittel

beträgt ein Mehrfaches desjenigen für pflanzliche Lebensmittel.



Dr. Thilo Bode ist Geschäftsführer von „Foodwatch“, Berlin

Welternährungsproblem politisch lösen

„Die Industrieländer tragen eine erhebliche Mitverantwortung daran, dass gegenwärtig eine Milliarde Menschen hungern“, deshalb plädiert Bode dafür, das Welternährungsproblem politisch und nicht technologisch zu lösen. Dafür müsse die momentan niedrige landwirtschaftliche Produktivität der Entwicklungsländer erhöht werden, der es, Bodes Auffassung zufolge, nicht an Kapital oder Technologie ermangle, vielmehr verweigere eine verfehlte Landwirtschaftspolitik den Kleinbauern wesentliche infrastrukturelle Grundlagen wie Landrechte, Investitionssicherheit, stabile Erzeugerpreise und den Zugang zu Inputs wie Mineraldünger und Bewässerung.

Zukunft: Investment in nachhaltige Landwirtschaft

Danach gefragt, welche ethischen Implikationen sich angesichts des Welthungers für das Investmentsegment Lebensmittel ergeben, erklärt Bode, dass nachhaltiges, ethisch verantwortungsvolles Investment sich erst lohnen werde, „wenn es ausreichend Anlagemöglichkeiten für eine nachhaltige Landwirtschaft gibt.“

Das ist aber noch nicht der Fall. Diesbezüglich gebe es noch viele Fehlentwicklungen, die jedwede Bemühungen unterlaufen, das Welternährungsproblem gerecht und nachhaltig zu lösen. Bode nennt drei konkrete Beispiele: Sprit aus Agrarrohstoffen, unfaire Handelspraktiken und fehlgeleitete „Entwicklungshilfe“.

Lebensmittel als Lebensgrundlage. Argumente gegen den spekulativen Missbrauch der Nahrung

„Nahrungsmittel bilden für jede Gesellschaft das Fundament ihres Überlebens“, hält der Wirtschaftswissenschaftler **Karl-Heinz Brodbeck** aus Würzburg fest, um im scharfen Kontrast

dazu vor Augen zu führen, dass mit der allgemeinen Durchsetzung der Geld- und Finanzwirtschaft immer mehr Lebensbereiche des Menschen der Logik der Märkte unterworfen wurden.

„Die Agrarwirtschaft, einst tragende Säule jeder Volkswirtschaft, wurde industrialisiert und sieht sich heute weltweit wenigen Agrarkonzernen ausgeliefert. Parallel dazu haben sich in den letzten Jahrzehnten die Finanzmärkte immer mehr von den realen Wirtschaftsprozessen losgelöst und Märkte für derivative, teilweise auch einfach betrügerische Finanzprodukte entwickelt.“



Univ. Prof. Dr. Karl-Heinz Brodbeck,
Hochschule für angewandte Wissenschaften,
Würzburg-Schweinfurt

Lebensmittel kein Objekt für Geldgier

Als „Skandal“ bezeichnet Brodbeck, dass nach Bankenrettung und gelockterter Geldpolitik vermehrt Anlagekapital in Rohstoffe, nachgerade aber auch in die Lebensgrundlage der Menschen fließe. Über derivative Finanztitel laufen Lebensmittel Gefahr zu Investitionsobjekten für spekulative Zwecke zu verkommen.

Lebens-Mittel seien aber - wenigstens unter ethischen Gesichtspunkten - kein „Investment“ und schon gar kein Objekt für Geldgier, so Brodbeck, seine Kritik daran festmachend, dass der „harten Rendite durch Weichware“ (Slogan einer Bank) am anderen Ende - bei den Menschen, die die Preise bezahlen müssen - kein Ertrag, sondern Krankheit und Hunger gegenüberstehe.

Ethische Schranken gefordert

Global operierende Agrarkonzerne und Gentechnikfirmen ordnen pflanzliches und tierisches Leben rein der Monopolisierung von Patentrechten und kurzfristigen Renditezielen unter.

„Dies führt dazu, dass immer mehr Kapital in diesen Sektor fließt und die Preise dort spekulativ aufbläht.“ Deshalb ruft Brodbeck unverzüglich nach ethischen Schranken, denn dieser beschämende Prozess müsse

als humane Katastrophe begriffen werden und stehe nicht zuletzt auch mit den jüngst zu beobachtenden Revolten in verschiedenen Ländern in direktem Zusammenhang.

Brodbeck fordert in diesem Kontext ein, diese Vorgänge allen Anlegern transparent zu machen. Denn Nichtwissen dürfe in dieser völligen Verkehrung der Rolle der Nahrungsmittel in der Wirtschaft keine Ausrede mehr sein.

Warum Sushi keine Lebens-Mittel sind



Prof. Dr. Silja Graupe, Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft,
Bonn

Unter diesem provokanten Vortragstitel lädt die deutsche Philosophin und Wirtschaftswissenschaftlerin **Silja Graupe** zu einer Spurensuche zwischen ostasiatischer Kochkunst und Ethik ein. Ethische Traditionen in China erteilen westlichem Zweck-Mittel-Denken eine deutliche Absage. Essen, Trinken oder Kochkunst werden als lebendige Prozesse begriffen, die keinem fernen Ziel dienen, wie Graupe ausführt. „Sie prägen vielmehr in der Gegenwart, was wir überhaupt als wichtig und unwichtig in unserem Leben ansehen.“

Lebensorte nicht Lebensmittel

Graupe will deutlich machen, dass Lebensmittel nicht von vornherein für höhere Zwecke instrumentalisiert werden müssen, sondern primär als Lebensorte zu verstehen sind. „Anders gesagt sind sie die eigentliche Lebensgrundlage für all unser Denken und Tun, die jeglichen theoretischen Reflexionen und Appellen vorausliegt.“ Diese Herangehensweise an Nahrung im Sinne einer daoistischen, buddhistischen und konfuzianistischen Ethik, verlangt nach gehörigen Umdenkprozessen, die Graupe schrittweise entfaltet.

Problem: Zweck-Mittel-Denken

Darauf aufbauend, wird Graupe einige Implikationen für den In-

vestmentbereich Lebensmittel ableiten, denn: „Was bedeutet es, nicht nur Lebensmittel, sondern gar Lebensorte durch Spekulation zu zerstören?“ Dem Begriff Investment scheint die Zweck-Mittel Beziehung inhärent, womit Graupe herausarbeitet, dass wir Gefahr laufen, auch unsere Lebensmittel qua Lebensorte dieser Verzweckung schlechterdings zu unterwerfen, wodurch alles und jedes als bloßes Mittel zur Reichtumsvermehrung instrumentalisiert wird; auch unsere Lebensgrundlage.

FER 3D - Transparenz in alle Richtungen



Univ. Prof. Dr. Jörg Finsinger,
Universität Wien

Mithilfe der von software-systems.at entwickelten Nachhaltigkeitskennzahlen EDA und FER 3D werden auch Screenings hinsichtlich der am Kongress fachspezifischen Thematik möglich. Der Wiener Wirtschaftswissenschaftler **Jörg Finsinger** erläutert, welche 3 Aspekte eines Fonds oder eines Portfolios die Kennziffer FER 3 D darstellt:

- Den Anteil an ethische Vorgaben erfüllenden Wertpapieren in Prozent,
- eine Risikokennzahl, welche das kategorielle Risiko beschreibt
- und die Outperformance.

Daran anschließend wird an konkreten Beispielen gezeigt, was man aus einem Reporting über ein Portfolio mittels dieser Kennziffer lernen kann. Des Weiteren führt Finsinger aus, welche Unternehmen typischerweise als Zielinvestments in nachhaltigen Fonds zu finden sind, die einen hohen EDA (Ethisch Dynamischer Anteil) aufweisen.

Richard Lernbass formuliert das Ziel: Als Finanzdatendienstleister unter der Devise „reduce to the max“ unseren Kunden und Partnern jene Informationen bereitzustellen, kraft derer sie die Möglichkeit haben, Einfluss auf positive Veränderungen in der Wirtschaft zu nehmen und neben Rendite- und Risikobeurteilungen verstärkt auch auf Inhalte im Sinn einer „Werteverantwortung“ zu setzen.

MBA Lehrgang

Aus der Initiative der Finance & Ethics Academy erwächst demnächst ein bedeutender Schritt in den Ausbildungsbereich:

Das Sustainability Economic Forum im Stift St. Georgen will für das Wintersemester 2011/12 den MBA Lehrgang „Clerical Finance and Financial Planning“ anbieten.

Kontakt: Mag. Jutta Krall, krall@software-systems.at



software-systems.at

Finanzdatenservice GmbH
A-9103 Diex/Kärnten

Kunden kaufen faire Produkte



Fairtrade-Bilanz: v. l. n. r.: Univ. Prof. Dr. phil. Helga Kromp-Kolb, Hartwig Kirner

Fairtrade darf auf einen schönen Erfolg zurückblicken. Das Qualitätsbewusstsein der Österreicher hat sich verbessert. Die Jahresbilanz 2010 zeigte ein Plus von 21 %.

Geschäftsführer **Hartwig Kirner** klang bei der Pressekonferenz sehr erfreut. So habe im Jahr 2010 in Österreich die hohe Qualität von Fairtrade-Produkten den Trend zu ethischem und ökologischem Konsum verstärkt. Der Umsatz mit fair gehandelten Produkten im österreichischen Handel stieg um 21 % auf 87 Mio€ an. Als Gründe führte Kirner neben der gestiegenen Anzahl an Gastronomiebetrieben (mit Fairtrade-Kaffee im Angebot) auch die größere faire Produktvielfalt, mehr Lizenzpartnerfirmen sowie ein stärkeres

Engagement des Handels an. Von den Erfolgen des fairen Handels in Österreich profitieren insbesondere die mehr als 830 Produzentenorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die allein über den österreichischen Markt mehr als 19 Mio€ Direktinnahmen im vergangenen Jahr erhalten haben. Teil dieser Gelder ist die Fairtrade-Prämie, die hauptsächlich dazu genutzt wird, die medizinische Versorgung, Bildung und sozialen Einrichtungen zu verbessern, um eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu unterstützen.

„Millionen von Menschen in Afrika, Asien und in Lateinamerika profitieren von der Fairtrade-Prämie, die die Produzentenorganisationen erhalten.“

„Nachhaltiges Handeln schafft Marktpotential“

Biodieselbranche gerät unter Druck

Das österreichische „Beratungs-Umsetzungsunternehmen“ TJP Advisory & Management Services GmbH präsentierte Ideen zur Gewinnung erneuerbarer Energiequellen.

Das im Herbst 2010 gegründete Beratungsunternehmen TJP will den Zukunftsmarkt „erneuerbare Energien“ nützen, Unternehmen beratend zur Seite stehen und eine Zusammenführung von Theorie und Praxis möglich machen. Zum Beispiel bei der Konzept-Erstellung, Finanzierung und Umsetzung. Ansprechpartner sind unter anderem die Automobil-/Zulieferindustrie, Agrarwirtschaft, Logistik und der Tourismus.

Dr. Alexander Schwarz und **Dr. Thomas Regitschnig-Kumpan**, beide Partner von TJP mit Erfahrungen im Energie- und Biodieselsbereich, widmen sich exklusiv diesen Themen im Team. „Aufgrund knapper Ressourcen, regulatorischer Auflagen und verstärktem Umdenken bei den Konsumenten ist eine Änderung des Verhaltens und Wirtschaftens notwendig geworden“, so Schwarz, Partner von TJP.

Ein Faktor in der Wirtschaft

Bisher gibt es in Österreich 30.000 Beschäftigte in den Bereichen Biomasse, Solar- und Windenergie sowie Wärmepumpen. Die Exportquote beträgt 70 %, der Umsatz pro Jahr in etwa 3,5 Mrd€, informiert TJP. Führend in Österreich



Luden zum Pressegespräch: v. l. n. r.: Dr. Alexander Schwarz, Gründer Mag. Thomas Jungreithmeir sowie Dr. Thomas Regitschnig-Kumpan

sind unter anderem Andritz Hydro, die Verbund AG, das Europäische Zentrum für Erneuerbare Energie Güssing und Siemens Österreich.

Regitschnig verwies im Pressegespräch auch auf die Schwierigkeiten der Biodiesel-

produzenten. Dazu zählen die stark gestiegenen Rohstoffkosten bei Pflanzenölen, die Wiedereinführung einer Besteuerung für Biodiesel im Jahr 2009, die im Jänner 2007 erst abgeschafft wurde, sowie die Überkapazität an Biodieselproduk-

ten am europäischen Markt. Verschiedene Schwachpunkte konnten von TJP identifiziert und gelöst werden. Aufgrund des Atomunglücks in Japan ist das Thema hochaktuell und bedarf raschster Entscheidungen im Energiebereich. *ls*

FINANZDIENSTLEISTER

Konsolidierung der Finanzmärkte

27 Solisten suchen einen Dirigenten

Während die EU27 noch eifrig versucht, die neue europäische Finanzarchitektur in Gang zu bringen, um der nächsten Krise vorzubeugen, und die USA weiter zögern, dasselbe zu tun, sehen Analysten am Horizont schon mehrere Vorböten der nächsten Krise aufziehen.

Vorderhand dominiert der Glaube an einen breiten globalen Konjunkturaufschwung dank guter Unternehmensgewinne, steigender Investitionen und eines gegenüber dem USD wieder erstarkenden Euro. Gegen Ende 2011, spätestens in der ersten Hälfte 2012 sei aber mit zunehmendem Gegenwind aufgrund des Endes der Liquiditätsschwemme im Euroraum, einer neuen Belastung des Euro durch die wieder akut werdende Schuldenkrise von Griechenland und Portugal sowie mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Randländer zu rechnen. Das sagte Raiffeisen-Chefanalyst **Mag. Peter Brezinschek** vor der Kurs 2011, dem Bank-Expertenforum des Institute for International Research (IIR). EU-Rettungsschirm, die neue europäische Finanzaufsicht und rigorosere Bankregulierungen würden nicht ausreichen, um den Krisensignalen entgegenzuwirken.

Verschärfte Haushaltsdisziplin

„Die Risiken müssen genau beobachtet werden, vor allem, dass die Inflation, getrieben durch die Öl- und Nahrungsmittelpreissteigerung, zu keiner Lohn- und Preissteigerung in den nächsten Monaten führt. Dann sähe ich die Ge-

fahr, dass sich das konjunkturelle Umfeld abkühlt und die Inflation die Realeinkommen auffrisst. Man muss neben der Budgetsanierung wachstumsfördernde Maßnahmen ergreifen, die kein Geld kosten: Liberalisierung, Entbürokratisierung, Abbau überdimensionierter öffentlicher Verwaltungen, aber auch Gesundheits- und Pensionsreformen.“ **Brezinschek** meint alle europäischen Staaten, die ein strukturelles Defizit haben, das unabhängig von der Konjunkturlage nachhaltig auftritt. „In Österreich liegt dieses strukturelle Defizit zwischen 2 und 2,5 %; das muss verschwinden. Wir können unseren relativen Vorsprung nur halten, wenn wir uns auf die demografisch schwierige Phase der nächsten zehn Jahre einstellen, dass unsere dramatische Ausgabenentwicklung deutlich eingebremst wird. Bei den Abgaben liegt Österreich bereits an drithöchster Stelle Europas; wir haben eine um 10 % höhere Abgabenquote als im europäischen Schnitt. Da ist keine Luft mehr drin!“

Teure Krisenspürhunde

FMA-Vorstandsdirektor **Mag. Harald Ettl** berichtete über die Ziele der seit Anfang 2011 amtierenden europäischen Finanzaufsicht und -regulierung. Das Euro-

pean System Risk Board solle systemische Risiken des Finanzsystems und Konjunkturbrüche schon bei Entstehung erkennen und Gegenmaßnahmen setzen. Es werde aber länger brauchen, um das bisherige aufsichtsrechtliche Auseinanderdriften der europäischen Staaten in ein miteinander umzuwandeln. „Dennoch sind neue Krisen nicht auszuschließen. Aber sie werden nicht so tief gehen wie die letzte. Vor allem: Europa setzt seine Maßnahmen rigider und schneller um als es die USA tun.“ Ettl berichtete auch über das „Single Rule Book“, das allen nationalen Finanzaufsichten ein Regelwerk vorgibt, das die finanztechnischen Vorschriften in allen 27 EU-Ländern über die Köpfe der nationalen Gesetzgebungen hinweg zu 100 % vereinheitlicht. Dem Vorwurf, die komplexen neuen Aufsichtsregeln führten zu einer Überforderung der Banken, entgegnet Ettl: „Wer sagt, das kostet alles nichts und es muss keiner dafür zahlen, ist ein Lügner. Die hohen Kosten der letzten Finanzkrise stehen aber in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Beträgen, die die neue Regulierung und Aufsicht fordert. Das Abtauchen von Finanzfirmen in den Schatten aufgrund der neuen Belastungen ist ein reales Problem. Österreich ist dagegen

relativ gut abgesichert, weil wir in Europa den breitesten Begriff von Bankwesen haben und die geringsten Chancen bestehen, ins Schattenbankwesen abzuleiten.“

Strenge Formalismen gegen Missbräuche

Der Wirtschaftssprecher der Arbeiterkammer, **Dr. Günther Chaloupek**, meint, eine zweite Krise in der Schärfe der eben überwundenen werde nicht mehr verkraftbar sein. Deshalb müsse eine Finanztransaktionssteuer die aufgeblähten gehandelten Geldvolumina drosseln.

„Die europäische Finanzmarktaufsicht sollte durch eine Produkt- und Marktstandardisierung eine Vereinfachung erzielen, weil gerade der Wildwuchs an immer neuen Finanzprodukten den Regulierungsdschungel erzeugt hat. Der Letztverbraucher von Finanzprodukten sollte von der Neufassung der Aufsichtsbestimmungen etwas haben. Hier muss ein strengerer Formalismus eingeführt werden, um Missbräuche abzustellen. Es ist dazu auch nötig, höhere Kosten in Kauf zu nehmen, um die von niemand mehr durchschaubare Komplexität und Intransparenz zu beseitigen, damit sich die Entwicklung nach 2000 nicht wiederholt.“

Wiener Versicherungsmakler fördern

Hammurabi-Preis

Vor rund zehn Jahren haben die Wiener Versicherungsmakler eine Reihe von Maßnahmen zur Imagesteigerung ihres Berufsstandes beschlossen.

Neben einer neuen Wortbildmarke, einem Folder, der ersten Homepage und einer Reorganisation des Maklerkurses setzte sich die Fachgruppe ein besonders ehrgeiziges Ziel - nämlich den Versicherungsmakler an den Universitäten zu positionieren!

Verwirklicht werden sollte dies durch den ersten wissenschaftlichen Preis in Österreich zum Thema Vorsorge und Versicherung - dem Hammurabi-Preis. (König Hammurabi, der große Rechtsschöpfer in Babylon, hatte ca. 1.750 v. Chr. erstmals versicherungsähnliche Verträge kodifiziert - die Geburtsstunde der Sozialversicherung wie auch der privaten Versicherungswirtschaft, wenn man so will).

Der Preis wird an allen volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und juristischen Fakultäten in Österreich ausgeschrieben, ist mit insgesamt 4.000 € dotiert und wird von einer hochqualifizierten Jury (**Prof. Dr. Michael Theil** - WU, **Prof. Dr. Georg Wailand** - „Gewinn“, **Dr. Hans Peer** - Generali und **Dr. Marie-**

luise Blaschek-Haller - Konsumentenministerium) gekürt. Jährlich erhält der Sieger die begehrte Hammurabi-Statue.

Diese ist einer Originalskulptur des bedeutenden Bildhauers **Prof. Josef Pillhofer** nachempfunden.

Pillhofer hat für die Wiener Versicherungsmakler ein Dutzend Miniaturen der Monumentalstatue hergestellt.

Zu Ehren des 2010 verstorbenen Künstlers - er wurde 89 Jahre alt - gibt es zur Zeit im Künstlerhaus eine Ausstellung mit einer großen Zahl bedeutender Werke.

Dort ist auch die Hammurabi-Skulptur zu sehen - und der PR-Ausschuss der Wiener Fachgruppe unter Leitung von **Harald Habersam** hat die Gelegenheit prompt genutzt, um gemeinsam mit der Presse das große Original zu besuchen.

Eine kleine Anekdote zum Abschluss: die Fachgruppe hatte den Namen Hammurabi schon ausgewählt, und erst danach „fand“ das kunstsinigste Ausschussmitglied **Dr. Kubsky** die Skulptur des Professor Pillhofer. *ls*



Foto: Wiener Versicherungsmakler



Foto: Wolfgang Bader

ETHISCHES INVESTMENT

MAG. HARALD KOLERUS

Hose runter

An die 5 Mrd Jeans werden weltweit produziert, leider nur all zu oft unter menschenwürdigen Bedingungen. Als besonders problematisch erweist sich das „stone-washed-Design“: Um Jeans einen modisch abgenutzten Look zu verleihen, wenden Bekleidungsunternehmen noch immer die so genannte Sandstrahltechnik an und riskieren damit die Gesundheit von Arbeitern und Arbeiterinnen.

Bei dieser Methode werden die Hosen mit hochkonzentriertem Quarzsand behandelt, durch das Einatmen der Sandkörner kann Silikose ausgelöst werden (im Volksmund Staublunge genannt), die als unheilbar gilt und zu Invalidität und Tod führen kann. Innerhalb der EU ist das Sandstrahlen schon lange verboten, die Bekleidungsindustrie ist aber erfinderisch und wickelt in andere Länder, zunächst v. a. die Türkei aus.

In der Zeitschrift Weltverbesserer war unlängst zu lesen, dass in der Türkei die Silikose-Erkrankungsrate beim Sandstrahlen in den letzten zehn Jahren bei rund 50 % gelegen ist. Alleine in der Türkei ist des-

halb mit 4.000 bis 5.000 Krankheitsfällen zu rechnen, und bei 46 Personen wurde das Sandstrahlen als Todesursache nachgewiesen. Da viele der kleinen Betriebe allerdings illegal arbeiten, dürfte die Dunkelziffer laut dem Magazin noch weitaus höher liegen. Aufgrund aufflammender Proteste wurde im Jahr 2009 auch in der Türkei das Sandstrahlen offiziell verboten. Laut der Clean Clothes-Kampagne (sie setzt sich weltweit für faire Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelproduktion ein) verlagerte sich die Produktion nun in andere Länder wie Ägypten, Syrien, China und Bangladesch.

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April veröffentlicht Clean Clothes eine Liste für Konsumenten, die zeigt, wie sich Markenfirmen zur Sandstrahltechnik positionieren und fordert von ihnen einen Verzicht auf diesen tödlichen Modetrend. Mehr als 20 Markenfirmen haben auch bereits öffentlich ein Sandstrahlverbot für ihre Jeansprodukte erlassen, darunter bekannte Namen wie C&A, Mango, H&M, Levi Strauss & CO,

Burberry und Vera Moda. Aber viele Luxusmarken zeigen sich weiterhin unbeeindruckt von den Forderungen. Einzig Gucci hat reagiert, sich öffentlich zu einem Sandstrahlverbot bekannt und in Zusammenarbeit mit lokalen Gewerkschaften eine Untersuchung eingeleitet. Armani, Dolce&Gabbana, Roberto Cavalli und Versace hüllen sich laut Clean Clothes in Schweigen, ebenso die Billigkette Orsay. Die Trendmarke New Yorker, mit 842 Filialen in 31 Ländern vertreten, schrieb der Clean Clothes-Kampagne, dass sie die von ihren Zulieferern angewandte Sandstrahltechnik vorerst nicht explizit verbieten werde.

Clean Clothes ruft Konsumenten nun dazu auf, konsequent in den Textil- und Bekleidungsshops nachzufragen und nur Jeans zu kaufen, die nicht sandgestrahlt wurden. Zudem hat die NGO eine Online-Aktion gegen Sandstrahlen gestartet - kritische Konsumenten können sich einem vorgefertigten Protesttext anschließen, der an Bekleidungsunternehmen geschickt wird. Mehr Informationen dazu unter www.cleanclothes.at.

Interview mit Jonathan Gibbs von Standard Life Investments
„Inflation - Unsicherheitsfaktor“

Die Katastrophe in Japan, die Revolution in Afrika, der Kampf um den Euro haben auch Konsequenzen für Volkswirtschaften, institutionelle und private Investoren.



Foto: Standard Life Investments

Ein Hauptthema, das dabei aktuell im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist Inflation. Wir sprachen mit **Jonathan Gibbs**, Investment Director und Head of Real Returns bei Standard Life Investments, über Inflation in dramatischen Zeiten.

Börsen-Kurier: Nordafrika und der Nahe Osten befinden sich seit Monaten im Aufruhr. Welche Konsequenzen hat dies für die Weltwirtschaft?

Jonathan Gibbs: Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten und in Nordafrika haben in den ohnehin sehr unsicheren Zeiten für weitere Unruhe gesorgt. Die Auswirkungen höherer Ölpreise haben sowohl inflationäre (durch höhere Produktionskosten) als auch deflationäre Auswirkungen (sie wirken wie Steuern auf das Wachstum), weswegen das Gleichgewicht beider Faktoren hier von entscheidender Bedeutung ist. Natürlich sollte man die Folgen der Ereignisse in Ägypten und Tunesien nicht auf die gesamte Region übertragen. Trotzdem bleiben die Spannungen groß, auch wenn die Augen der Welt noch immer auf Japan gerichtet sind. Die bewaffnete Auseinandersetzung in Libyen könnte viele Monate anhalten, aber aus einer strategischen und sicherheitspolitischen Perspektive sind Saudi-Arabien, Iran und Jemen wahrscheinlich die kritischeren Gebiete.

Börsen-Kurier: Inwieweit werden das Erdbeben und der Tsunami in Japan mit dem anschließenden Kampf um die Sicherheit des Atomkraftwerks in Fukushima nicht nur die Öffentlichkeit in Atem halten, sondern auch einen Einfluss auf die weltweite Inflation haben?

Gibbs: Es ist eindeutig zu früh, die langfristigen Auswirkungen der Katastrophe in Japan abzuschätzen, die in erster Linie eine menschliche Tragödie darstellt. Das gesamte Ausmaß der Katastrophe ist noch lange nicht bekannt. Die Einflüsse auf die Inflation sind ebenfalls zweigeteilt, ein bisschen wie bei den beschriebenen Auswirkungen steigender Ölpreise. Kurzfristig wird die Wirtschaftsleistung Japans aufgrund der Zerstörung von Produktionskapazitäten stark fallen, was disinflationäre

Auswirkungen haben wird. Langfristig gesehen wird die durch den Wiederaufbauprozess geschaffene Nachfrage eher inflationäre Auswirkungen haben. Das Verhältnis von beiden Faktoren und der zeitliche Verlauf bleiben jedoch unklar.

Börsen-Kurier: Welche Auswirkungen werden diese Entwicklungen auf den Ölpreis haben?

Gibbs: Die Ölpreise sind bereits hoch, aber wenn sich die Nahostkrise dramatisch verschlimmert, werden sie potenziell noch viel mehr steigen. Die größte Bedrohung würde eindeutig entstehen, wenn der Iran und Saudi-Arabien ihre Produktion reduzierten oder einstellen. Saudi-Arabien fördert bereits 12 % der weltweiten Ölproduktion, der Iran immerhin 5 % - beide Zahlen sind groß genug, um Auswirkungen auf alle Verbraucher zu haben, falls die Produktion dieser Länder verloren gehen sollte. Gegenwärtig gibt es wenig Anzeichen für ein solches Risiko, und in der Tat geht man davon aus, dass Saudi-Arabien den Großteil der rasch zugänglichen Extrareserven auf dem globalen Ölmarkt innehat. Dennoch hat es bereits einen steilen Anstieg des Ölpreises gegeben, auch wenn dieser effektiv noch keine Rekordhöhe erreicht hat. Seit den 70er-Jahren haben starke Anstiege des Ölpreises über ein paar Monate hinweg gewöhnlich zu Rezessionen geführt. Daher wären weitere Anstiege gefährlich für die Weltwirtschaft.

Börsen-Kurier: Ein klares Anzeichen steigender Inflation sind steigende Lebensmittel- und Energiepreise in neuen Märkten, in Südostasien, China und Indien. Wie können diese Länder mit steigenden Preisen fertig werden?

Gibbs: Bei der industriellen Revolution, die gegenwärtig in China, Indien und anderen Entwicklungsländern im Gange ist, handelt es sich wahrscheinlich um das wichtigste wirtschaftliche Ereignis der nächsten zehn bis zwanzig Jahre. Da Millionen den Übergang von der Selbstversorgung hin zu Industrialisierung und zur Verstärkung vollziehen, wächst die Nachfrage nach Waren exponentiell. Das

Angebot stellt sich normalerweise auf solche Entwicklungen ein, und es ist nicht unbedingt ratsam, auf eine höhere Nachfrage mit höheren Preisen zu reagieren. Vor allem wirken sich steigende Lebensmittelpreise nicht nur auf die Volkswirtschaften der betroffenen Emerging Markets, sondern auch auf die ganze Welt aus. Das Angebot von Agrarrohstoffen, und zu einem gewissen Ausmaß auch von metallischen Rohstoffen, kann auf die gesteigerte Nachfrage reagieren. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass der Preis von Rohstoffen langfristig weiter nach oben gehen wird.

Börsen-Kurier: ... während für Investoren in Europa Diskussionen zur Zukunft des Euro, die Bitte Portugals um Finanzhilfen von der Europäischen Union und die Herabstufung Spaniens durch Moody's auf der Tagesordnung stehen.

Gibbs: Die Herabstufung Spaniens war auf den Finanzmärkten allgemein erwartet worden. Es ist jedoch nicht so sehr die Bonitätsbeurteilung, die für die Märkte von Belang ist, sondern vielmehr die Möglichkeit, dass auch für Spanien der Beitritt zum europäischen Rettungsfonds EFSF notwendig wird. Spanien ist um einiges größer als Griechenland oder Irland, und die aktuellen Abkommen bieten keine ausreichenden Kapazitäten, um ein solches Ereignis zu bewältigen. Die Institutionen der EU, sowohl die politischen als auch die bürokratischen, versuchen deshalb, unterstützende Strukturen für die Eurozone einzurichten. Wir erwarten, dass der Euro erhalten bleibt. Doch dazu bedarf es sicherlich eines beträchtlichen Ausmaßes an Reformen in den Mitgliedstaaten, vor allem bezüglich der Harmonisierung der Steuerpolitik und der Bankenregulierung.

Börsen-Kurier: Was sollte ein Investor also tun, da alle diese historischen Ereignisse gleichzeitig ablaufen?

Gibbs: In der aktuellen Situation stehen Investoren vor sehr ungewissen Aussichten - und die Inflation bleibt ein Hauptunsicherheitsfaktor. Es ist möglich, dass die Inflationsraten in unterschiedlichen Ländern weit auseinandergehen. Auf den Finanzmärkten wirken aktuell sehr starke Kräfte. In dieser Situation sollten Investoren ein breit diversifiziertes Portfolio haben, das reich an Sachgütern („real assets“) ist, die implizit oder explizit mit der Inflation verbunden sind. Ein globales Inflationsportfolio kann innerhalb dieser Palette an Sachgütern eine wichtige Rolle spielen und im Falle weniger angenehmer wirtschaftlicher Ergebnisse einen starken Schutz bieten.

red.



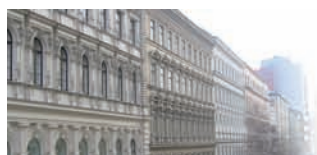
IMMOBILIEN.NET

Renditen nach Wiener Bezirken

	Rendite **aktuell	Δ in % ***	Δ in %-Punkten ***	Durchschnitt *	Hoch *	Tief *
Wien 1.,Innere Stadt	1,9%	0,6%	0,0%	2,0%	2,1%	1,8%
Wien 2.,Leopoldstadt	3,3%	-1,4%	0,0%	3,8%	4,7%	3,1%
Wien 3.,Landstraße	3,4%	-3,9%	-0,1%	3,6%	4,1%	3,2%
Wien 4.,Wieden	2,6%	0,1%	0,0%	3,5%	4,0%	2,9%
Wien 5.,Margareten	3,3%	1,6%	0,1%	4,2%	4,9%	3,3%
Wien 6.,Mariahilf	3,9%	-0,5%	0,0%	3,8%	4,4%	3,5%
Wien 7.,Neubau	3,2%	-1,7%	-0,1%	3,3%	4,5%	2,7%
Wien 8.,Josefstadt	2,9%	-4,3%	-0,1%	3,6%	4,2%	3,1%
Wien 9.,Alsergrund	3,1%	0,7%	0,0%	3,4%	5,4%	2,9%
Wien 10.,Favoriten	4,5%	-1,1%	-0,1%	5,2%	5,9%	4,5%
Wien 11.,Simmering	6,6%	-2,8%	-0,2%	5,3%	5,8%	4,8%
Wien 12.,Meidling	4,1%	0,5%	0,0%	4,6%	5,1%	4,2%
Wien 13.,Hietzing	3,4%	-2,2%	-0,1%	3,9%	4,1%	3,4%
Wien 14.,Penzing	4,0%	1,7%	0,1%	4,4%	5,0%	3,9%
Wien 15.,Rudolfsheim-Fünfhaus	4,3%	2,1%	0,1%	4,8%	6,7%	3,7%
Wien 16.,Ottakring	3,9%	-0,4%	0,0%	4,1%	5,2%	3,0%
Wien 17.,Hernals	3,9%	-1,5%	-0,1%	4,2%	5,7%	3,7%
Wien 18.,Währing	3,3%	-2,1%	-0,1%	3,4%	3,7%	3,0%
Wien 19.,Döbling	3,0%	-0,2%	0,0%	3,4%	4,1%	2,8%
Wien 20.,Brigittenau	3,6%	-3,0%	-0,1%	4,1%	5,2%	3,0%
Wien 21.,Floridsdorf	5,0%	-2,7%	-0,1%	5,1%	5,4%	4,7%
Wien 22.,Donaustadt	3,7%	-3,1%	-0,1%	4,5%	5,1%	4,1%
Wien 23.,Liesing	4,7%	0,7%	0,0%	4,3%	5,0%	4,0%
Wien gesamt	3,6 %	-0,9 %	0,0 %	4,0 %	4,5 %	3,3 %

* der vergangenen 18 Kalender Monate, (Monatsbetrachtung von September 2009 bis März 2011)

** Durchschnitt Kalenderwoche 14/13 2011 *** Veränderung zum Durchschnitt Kalenderwoche 12/11 2011

Quelle: www.immobiliens.net, Österreichs größte Immobilienplattform im Internet mit mehr als 61.000 Immobilien monatlich. Als Datenbasis werden Eigentums- und Mietwohnungen (statistisch bereinigt) herangezogen, die im Vergleichszeitraum im IMMOBILIEN.NET online waren.

mit über
20.000 Anlagenobjekten und Eigentumswohnungen
in Österreich!



IMMOBILIEN.NET